

14,4 Milliarden Euro

Vier exemplarische Reformprojekte mit hohem Sparpotenzial

(BS/Carsten Köppl/Franz Drey) Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltskrise haben tiefe Löcher in die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen gerissen. Ein scharfer Sparkurs ist unumgänglich. Aber anstatt gleich öffentliche Leistungen zu kürzen, könnte der Staat massive Einsparungen erzielen, wenn er an seine Strukturen und Prozesse (ran)geht. Allein mit den unten vorgestellten Reformprojekten könnten rund 14,4 Milliarden Euro jährlich eingespart werden: eineinhalb mal so viel, wie die von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble geforderten zehn Milliarden Euro Einsparungen jährlich von 2011 bis 2016.

Eines haben alle Vorschläge gemeinsam: Sie erfordern eine Abkehr von politischem Kirchturmdenken. Kompetenzen müssen anders verteilt werden, z. B. von den Ländern auf den Bund, politische Hoheiten über Prozesse müssen zugunsten einer verbesserten Zusammenarbeit aufgeben und private Partner bei der Beschaffung müssen akzeptiert werden. Dafür müssen, anders als bei den derzeit diskutierten Sparmaßnahmen, keine öffentlichen Leistungen weiter eingeschränkt werden. Allerdings erfordern fast alle Vorschläge Anfangsinvestitionen und ein strategisches Vorgehen über ein paar Jahre hinweg. Haushaltswirksam werden auch diese Vorschläge erst, wenn entsprechend Personal abgebaut wird. Durch die effizientere Arbeitsgestaltung im Vorfeld des Personalabbaus steigt hingegen der individuelle Arbeitsdruck nicht weiter.

Bundessteuerverwaltung

Vollständiges Verschieben der Kompetenzen für den Vollzug von Gemeinschaftssteuern und bundesgesetzlich geregelte Landessteuern von den Ländern auf den Bund (Kienbaum-Studie im Auftrag des Bundesfinanzministeriums, 2007, ausführlich unter www.bundesfinanzministerium.de):

- Dreistufiger Aufbau: Bundesministerium

der Finanzen als Oberste Behörde, Finanzdirektionen als Mittlere Behörden und die Finanzämtern als Untere Behörden, außerdem werden Sonder-Finanzdirektionen und Sonder-Finanzämter eingerichtet, die als Dienstleistungszentrum bestimmte Aufgaben bündeln, z. B. IT, Aus- und Fortbildung, Personalmanagement bei den Son-

der-Finanzdirektionen. Effizienzpotenziale hauptsächlich in Strategieentwicklung, Risikomanagement und Informationstechnik von 39 Prozent, (inkl. Anhebung der Prüfquote in den Ländern, die unterhalb des Bundesdurchschnitts liegen)

- Abzgl. u. a. gestiegener Personal- und Sachausgaben zur Erhöhung der Prüfquote

Gesamtersparnis pro Jahr 11,5 Milliarden Euro

(Dieser Reformvorschlag fand im Rahmen der Föderalismusreform II keine Mehrheit.)

Dienstleistungszentren in der Verwaltung, hier: Personalverwaltung

Aufbau von Shared Service Centern im Bereich Personal (*Prof. Tino Schuppan*, Institut für E-Government Potsdam, ausführlich unter www.government2020.de):

- Die Verwaltung pro Mitarbeiter kostet monatlich ca. 150 Euro. Dieser Betrag ist niedrig angesetzt und dürfte in Verwaltungen tatsächlich vielfach höher sein
- Einsparungen durch die Einführung von

SSC im Öffentlichen Dienst rund 20 Prozent

- bei derzeit 4,5 Mio. Personen im Öffentlichen Dienst
- Einsparungen pro Jahr in Höhe von ca. 1,6 Mrd,
- abzüglich der Einführungskosten von SSC: Wenn man davon ausgeht, dass im Durchschnitt in jedem Flächenbundesland fünf

SSC (in Brandenburg weniger als in NRW) und jeweils ein SSC in den drei Stadtstaaten für die Personalverwaltung eingerichtet werden und man noch zusätzlich die Kosten für die Einrichtung der SSC in Höhe von zwei Mio. Euro pro SSC hinzurechnet, würden Ausgaben in Höhe von insgesamt 136 Mio. Euro entstehen.

Gesamtersparnis pro Jahr: 1,4 Mrd. Euro

(Weitere Shared-Potenziale lassen sich in anderen Bereichen generieren, z. B. bei Finanzen, der IT etc.)

Öffentlich Private Partnerschaften, hier: Schulen

- Die Investitionen für kommunale Schulen im Rahmen einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) einsetzen (Hintergrund: Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen – Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien, Deutsches Institut für Urbanistik, 2008, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis Bd. 4, www.difu.de).
- Die Studie beziffert die Effizienzvorteile bei kommunalen ÖPP-Projekten auf zehn Prozent und ist damit die konservativste Durchschnittsberechnung verglichen mit den Ergebnissen der seither veröffentlichten Übersichten von Kompetenzzentren, Task-Forces und Verbänden über ÖPP-Hochbauvorhaben der Kommunen.
 - Der gesamte kommunale Investitionsbedarf für Schulen beläuft sich für den 15-Jahreszeitraum 2006 bis 2020 auf 73 Mrd. Euro, d.h. jährlich auf 4,86 Mrd.
 - Abzüglich zehn Prozent Effizienzgewinn durch ÖPP

Gesamtersparnis pro Jahr: mindestens 500 Millionen Euro

(Weitere ÖPP-Einsparungen lassen sich in vielen anderen öffentlichen Bauten realisieren, z. B. bei Verwaltungsgebäuden etc.)

Vollständige elektronische Vergabe

- Vollständige und verbindliche Umstellung auf eine elektronische Vergabe (Studie von Rambøll Management und dem Institut für Mittelforschung (IfM) im Auftrag des BMWi (ausführlicher unter www.bmwi.de):
- Zeitersparnis für das Führen des Vergabevermerks (ca. 80 Prozent),
 - Wegfall der Kosten für den Versand von Unterlagen im Rahmen der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes (832,5 Mio. Euro),
 - Reduzierung des Aufwands im Rahmen der Angebotsöffnung und Prüfung (75,7 Mio. Euro) sowie beim Führen von Statistiken (36,4 Mio. Euro)

Gesamtersparnis pro Jahr: 1 Mrd. Euro

(abzüglich der nicht näher quantifizierten Einführungskosten)